

Mehr Tempo gefordert

Neue Wege beim Denkmalschutz ein Streitthema

Von ULRIKE VON BREVERN

Füchtorf (gl). Sprechen oder streiten? NRW-Ministerin Ina Scharrenbach, die für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung, zuständig ist, war sich nicht sicher, was sie am Donnerstagabend im Foyer von Haus Harkotten in Füchtorf erwarten würde. Egal. Sie freue sich auf beides immer, betonte die Ministerin zum Auftakt des Expertengesprächs zum Thema Denkmalschutz an diesem Abend.

Konfliktpotenzial war gegeben, aber erst gegen Ende wurde der Ton der Ministerin schärfer. Anlass der Veranstaltung, zu der der Förderverein Harkotten eingeladen hatte, waren aktuelle Veränderungen beim Thema Denkmalschutz.

Mit Beginn des Jahres haben sich Förderrichtlinien geändert, so dass unter anderem Gemeinden für ihre Denkmalschutzaufgaben statt einer Einzelförderung nun pauschale Förderungen erhalten. Zudem hat Scharrenbach soeben den Entwurf für ein überarbeitetes Gesetz vorgelegt – eine Notwendigkeit, auf die die bei diesem Thema bereits durch die Novelle von 2022 sturmerprobte Ministerin gerne verzichtet hätte, wie sie offen zugab. Doch die Veränderung der Bundesgesetzgebung habe ihr keine Wahl gelassen. In bestimmte Genehmigungsverfahren soll mehr Tempo kommen – zulasten des Schutzes

und der fachlichen Expertise, wie Kritiker befürchten.

Die Gastgeber hatten für das Gespräch viele zusammengerufen, die nicht nur Rang und Namen in der heimischen Denkmalszene haben, sondern auch unterschiedliche Interessen. Das Foyer konnte die gut 70 Interessierten kaum fassen. Münsters Regierungspräsident Andreas Bothe, Landräte und Bürgermeister waren darunter, die den öffentlichen Sektor repräsentierten, aber gerade auch zahlreiche private Denkmalbesitzer – zum Teil besonders großer Liegenschaften wie etwa Maximilian Prinz zu Bentheim Tecklenburg, der unter anderem das Schoß Rheda verwaltet.

Dazu Expertenvertreter mit ganz eigener Meinung wie Landeskonservator Dr. Holger Mertens oder Vertreterinnen der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (DSD), die sich als bundesweit größte private Initiative für das Thema engagiert.

Ina Scharrenbach zeigte sich betont pragmatisch: „Wege zu finden, Denkmale zu bewahren und weiterzuentwickeln, das ist das Entscheidende.“ Dabei seien Kompromisse zwischen dem Schutzgedanken, öffentlichem Interesse und privaten Möglichkeiten der Besitzer unausweichlich. Die Ministerin verwies darauf, dass trotz angespannter Haushaltslage die entsprechenden Landesmittel bislang unangetastet geblieben seien.



Zur Erinnerung erhielt Ina Scharrenbach von Hausherr Ferdinand Freiherr von Korff eine Darstellung von Haus Harkotten. Fotos: von Brevern

Der Stolz auf das kulturelle Erbe macht den Unterschied

Füchtorf (uvb). Denkmale seien entscheidend für die Identität, da sie jeder Gemeinde und jeder Region im Land etwas Unverwechselbares gebe, unterstrich sie: „Der Stolz auf das historisch-kulturelle Erbe macht den Unterschied.“ Das wirke sich auch auf Wirtschaftsfaktoren wie den Tourismus aus. Entsprechend bedeutsam sei die kommunale Steuerungs- und Entscheidungskompetenz.

Zugleich verteidigte Scharrenbach den Schritt, Förderungen zu entbürokratisieren – etwa durch pauschale Zuwendungen an die Gemeinden – sowie in bestimmten Fällen Verfahren zu verkürzen. Selbst bei reinen Funktionsgebäuden des Landes gebe es beim Thema Denkmalschutz oft ein jahrelanges Hin und Her um Genehmigungen. „Das sind Prozesse, die nie zu einem Ende führen“, kritisierte sie und forderte: „Denkmalschutz braucht den Pragmatismus aller Beteiligten.“

Nur so könne ein Denkmal seine Funktion, zum Denken anzuregen, erfüllen.

Für die Belange privater Denkmaleigentümer zeigte Scharrenbach viel Verständnis und nahm auch verschiedene Anregungen aus dem Publikum mit. So müssten etwa Lösungen gefunden werden bei Problemen wie Nachhaltigkeit und Sanierung, Grundsteuer, der Belastung durch die CO2-Steuer oder auch dem Kampf gegen Folgen des Klimawandels. Stellvertretend für die kommunale Ebene dankte Oeldes Bürgermeisterin Karin Rodeheger für das Vertrauen in die Kompetenz von Städten und Gemeinden als untere Denkmalschutzbehörde.

Weniger zufrieden mit den gesetzgeberischen Plänen zeigte sich etwa LWL-Landeskonservator Dr. Holger Mertens oder DSD-Vorsitzende Ursula Schirmer. Sie befürchteten durch die vorgesehenen kurzen Fristen im Verfah-

ren eine nachlassende fachliche Qualität im Denkmalschutz. Mertens kritisierte insbesondere, dass sein Fachamt – geht es nach der Gesetzesnovelle – künftig bei Sonderbauten im Landesbesitz außen vor bleiben könnte. Dabei gehe es ihm weniger um Kasernen als um Hochschulbauten, zu denen etwa die Schlösser in Münster und Nordkirchen zählten. Auch der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Bernhard Daldrup verwies als Zuhörer auf teilweise vernichtende Kritik an der Gesetzesnovelle im Netz.

Scharrenbach reagierte gereizt. Es gebe sehr konservative Kreise, die „den Denkmalschutz am liebsten selbst unter Denkmalschutz stellen“, wies sie die Vorwürfe zurück und ergänzte: „Denkmalschutz muss in der breite der Gesellschaft, in jedem Ort verankert sein.“ Den Vorwurf des DSD, das Land ziehe sich aus dem Denkmalschutz zurück, wies sie entschieden zurück.



Stromerzeugung

Bürger beteiligt an Freiflächen-PV

Wadersloh (dw). In Wadersloh-Geist entsteht eine weitere Freiflächen-Photovoltaikanlage. Bei der Gut Schulze-Aden Solarkraftwerk GmbH ist die Genossenschaft Umweltfreundliche Energien Wadersloh (UEW) mit einer Mehrheit eingestiegen. Am 16. März beginnen am Hof Steinhoff die Bauarbeiten. Die Anlage mit rund 30 000 Kilowatt-Peak, an der Bürger beteiligt sind, produziert auf einer Fläche von rund 17 Hektar circa 28 Millionen Kilowattstunden Strom im Jahr. Ende August/Anfang September 2026 soll sie ans Netz gehen. Eine weitere großflächige Freiflächen-PV-Anlage entsteht seit Herbst 2025 in Liesborn über einer Heidelbeer-Plantage.

31. März

Kolpingsfamilien gehen Kreuzweg

Stromberg (gl). Traditionell in der Karwoche, am Dienstag vor Ostern, gehen die Kolpingsfamilien des Kreisverbands Warendorf in Stromberg den großen Kreuzweg. Treffpunkt ist am Dienstag, 31. März, um 19 Uhr an der ersten Kreuzwegstation in der Straße Zum Kreuzweg.

Die Wegstrecke mit den 14 Kreuzwegstationen, die den Leidensweg Christi darstellen, ist circa zehn Kilometer lang. Die Organisation wird wieder von der Kolpingsfamilie Stromberg übernommen. Pfarrer Georg-Michael Ehlert wird mit Gebeten und Impulsen an den Stationen den Kreuzweg mitgestalten. Zu dem Bußgang sind alle Interessierten eingeladen.

Kontrollen

206 Verwarnungen an einem Tag

Ahlen (gl). Am Donnerstag haben Einsatzkräfte verstärkt Verkehrsteilnehmer im Bereich der Polizeiwache Ahlen mit dem Fokus Sicherheitsgurt kontrolliert. Ziel der Aktion war es laut Pressemitteilung, auf die lebensrettende Bedeutung der Anschnallpflicht aufmerksam zu machen und Verstöße festzustellen. Dabei wurde nicht nur auf angelegte Sicherheitsgurte, sondern auch auf die Sicherung von Kindern geachtet. 296 Maßnahmen mussten getroffen werden. 206 Mal wurden Verwarnungsgelder erhoben wegen, unter anderem wegen Missachtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen, Handynutzung während der Fahrt oder falschem Abbiegen oder nicht angelegtem Sicherheitsgurt. 71 Mal sind deswegen auch Ordnungswidrigkeitenanzeigen geschrieben worden. Zwei Verkehrsteilnehmer fuhren über rote Ampeln, ein Verkehrsteilnehmer musste eine Sicherheitsleistung erbringen und für zehn weitere gab es Strafanzeigen wegen anderer Verstöße (zum Beispiel Fahrt unter dem Einfluss von Drogen). Das Anlegen des Sicherheitsgurts ist nicht nur eine gesetzliche Verpflichtung, sondern das Risiko tödlicher Verletzungen bei Verkehrsunfällen um bis zu 50 Prozent.



Ministerin Ina Scharrenbach stellte sich auf Haus Harkotten der Diskussion mit Fachleuten, darunter der Warendorfer Architekt Carl Altfrohne (l.), und Denkmaleigentümern.

Keine Sperrzone

Vogelgrippe in Kleinbestand

Kreis Warendorf (gl). In einer kleinen Hobbyhaltung mit nur wenigen Hühnern und Enten ist die Vogelgrippe nachgewiesen worden. Der Bestand im Osten des Kreises Warendorf wurde von Fachleuten unter Beteiligung des Kreisveterinäramtes geräumt. Anschließend wurden die Stallungen fachgerecht desinfiziert.

Da es sich nur um eine kleine Haltung mit wenigen Tieren handelt, so ist in der Pressemitteilung zu lesen, könne von der Einrichtung einer Sperrzone abgesehen werden. Andere Tierhaltungen im Umkreis sind daher nicht von Einschränkungen betroffen. Gleichwohl appelliert das Kreisveterinäramt an die Geflügelhalter, weiterhin auf Bio-Sicherheit in ihren Nutztierhaltungen zu achten. Den Geflügelhaltern im Kreis Warendorf wird demnach dringend empfohlen, ihre Tiere aufzustellen beziehungsweise die Ausläufe zu überdachen, um eine Infektion mit dem Virus zu vermeiden.

Mutterschaftsgeld

Durch Schwangerschaft keine finanziellen Nachteile erleiden

Kreis Warendorf (gl). Im Kreis Warendorf kommen weniger Kinder zur Welt. In 2024 wurden insgesamt 2395 Geburten registriert, das sind 54 weniger als im Vorjahr. Dadurch erhielten folglich auch weniger Mütter Mutterschaftsgeld. Aus einer aktuellen Auswertung der AOK NordWest geht hervor, dass sie im Jahr 2024 die Leistung an 435 AOK-Versicherte im Kreis gezahlt hat, etwas weniger als im Jahr 2023 mit 476 Versicherten. Das Mutterschaftsgeld betrug in 2024 fast 662 000

Euro für diese weiblichen Mitglieder. „Schwangere Frauen und Mütter genießen rund um die Geburt besonderen Schutz. Damit erwerbstätigen Frauen kein finanzieller Nachteil entsteht, können sie Mutterschaftsgeld beantragen. Die Leistung wird von den gesetzlichen Krankenkassen als Entgeltersatzleistung für die Dauer des gesetzlichen Mutterschutzes gezahlt“, sagt AOK-Serviceleiter Michael Faust.

Einen Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben werdende Müt-

ter, die als Arbeitnehmerinnen selbst gesetzlich krankenversichert sind. Es wird während der Schutzfristen gezahlt, also sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung. Bei Mehrlings- und Frühgeburten verlängert sich das Mutterschaftsgeld. Es beträgt maximal 13 Euro pro Kalendertag. Übersteigt das durchschnittliche Nettoarbeitsentgelt den Betrag von 13 Euro, wird die Differenz zum Nettoarbeitsentgelt vom Arbeitgeber gezahlt.



Mutterschaftsgeld dient als finanzielle Absicherung.

Reitpferde

Züchter laden zum Wettbewerb im Freispringen

Ennigerloh (th). Die Vereinigung der Pferde- und Ponyzüchter des Kreises Warendorf lädt für Samstag, 14. März, ab 13 Uhr zu ihrem alljährlichen Freispringwettbewerb auf die Anlage des

Reit-, Zucht- und Fahrvereins Ennigerloh-Neubeckum in Ennigerloh, Hoest 22, ein. Rund 25 drei- und vierjährige Reitpferde sowie Ponys und Kleinpferde werden zu dem Wettbewerb er-

wartet, der zugleich Qualifikationsprüfung für das Finale der westfälischen Freispringwettbewerbe am 18. April im Westfälischen Pferdezentrum in Münster-Handorf ist.

Bewertet werden bei dem Freispringwettbewerb, bei dem die jungen Pferde ohne Reiter eine Reihe von Hindernissen überwinden, Springmanier und Springvermögen.

ANZEIGE



Einladung zum Frühlingsfest am 22. März 2026 von 11 bis 18 Uhr

- Einblicke in den Reitunterricht mit iberischen Lehrpferden
- Stallrundgang

- Präsentation Nachwuchsjung- & Verkaufspferde
- Tombola, Snacks und Getränke



REITHAUS AM EMSTAL
REITSCHULE

LEICHTIGKEIT LERNEN AUF IBERISCHEN PFERDEN

Einener Dorfbauerschaft 35 WARENDORF